

Mitglied des Niedersächsischen Landtages
Abgeordnete für Barsinghausen, Gehrden und Seelze

Landtagsabgeordnete Claudia Schüßler · Lange-Feld-Str. 54 · 30926 Seelze

Claudia Schüßler, MdL
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
claudia.schuessler@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro #mittendrin
Lange Feld Str. 54
30926 Seelze
Tel. 0511/ 89 80 85 66
buero@claudiaschuessler.de
www.claudiaschuessler.de

Seelze, 06.03.2026

Landtag-Aktuell – Ausgabe 14

Liebe politisch interessierte Leserinnen und Leser,
liebe Genossinnen und Genossen,

mit diesem neuen Plenarbrief informiere ich Euch gerne über meine Arbeit im Landtag. Wie immer habe ich einige der vielen Themen herausgegriffen und hoffe, Ihr findet die Themen spannend.

In unserer Aktuellen Stunde im Landtag haben wir uns mit dem Thema „**Hochschulen stärken, Zukunft sichern: Perspektiven der NHG-Novelle**“ beschäftigt. Bei der jetzt geplanten Novelle handelt es sich um die umfangreichste Reform des Niedersächsischen Hochschulgesetzes seit 25 Jahren. Mit dem Entwurf des Wissenschaftsministeriums und unseres Ministers Falko Mohrs gehen wir einen großen Schritt in Richtung Zukunft. Ziel ist es, die Hochschulen in Niedersachsen strategisch zu stärken, Entscheidungsprozesse zu vereinfachen und neue Freiräume für Forschung, Lehre und Transfer zu schaffen. Warum ist das wichtig? Wir haben ein großes Interesse daran, Talente in Niedersachsen auszubilden. Und das gelingt nur, wenn die Hochschulen modern und

exzellent aufgestellt sind. Das passiert nicht zufällig, sondern dafür müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das werden wir mit dem neuen Gesetz tun.

Darüber hinaus wurde seitens der Landesregierung im Rahmen des aktuellen Plenums ein Gesetzentwurf eingebracht, der uns als SPD besonders wichtig ist. Es handelt sich um den **„Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes“**. Mit der Einführung von Mindestarbeitsbedingungen bei der Ausführung öffentlicher Bau- und Dienstleistungsaufträge wollen wir einen fairen Wettbewerb bei Vergaben durch die öffentliche Hand ermöglichen. Wir wollen öffentliche Mittel ausschließlich für „Gute Arbeit“ einsetzen und sozialverträgliche Beschaffungen fördern. Zugleich werden bürokratische Hürden für Unternehmen abgebaut, die bereits tarifgebunden sind.

Die Landesregierung hat außerdem den **„Entwurf eines Gesetzes zur Neugestaltung des niedersächsischen Rechts über den Bildungsurlaub“** in den Landtag eingebracht. Ziel ist es insbesondere, die Anerkennung und Umsetzung von Bildungszeiten für Beschäftigte flexibler zu gestalten sowie Plausibilität, Transparenz und Planbarkeit für die beteiligten Interessengruppen zu erhöhen. Darüber hinaus sollen bei der Ausbildung für das Ehrenamt und bei sonstigen in diesem Zusammenhang durchgeführten Veranstaltungen Praxisanteile künftig stärker als anerkennungsfähig berücksichtigt werden können.

Spannend war auch die Einbringung des **„Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes“**. Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung bildungspolitischer Ziele der Landesregierung, wie sie in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der aktuellen Wahlperiode (2022–2027) festgelegt sind. Was soll sich verbessern? Oberschulen erhalten mehr Spielräume, der Unterricht soll jahrgangsbezogen oder schulzweigspezifisch gestaltet werden können. Damit kann die Durchlässigkeit der Bildungswege gefördert werden. Ab dem 9. Schuljahrgang muss das gymnasiale Angebot weiterhin überwiegend schulzweigspezifisch erteilt werden, um die Anschlussfähigkeit an die gymnasiale Oberstufe sicherzustellen. Grundschulen wird künftig ermöglicht, die Schuljahrgänge 1 bis 4 als pädagogische Einheit zu führen.

Für alle Schulbereiche und Schulformen wird die Wahl einer Klassenvertretung verbindlich eingeführt. Dies gilt auch für Förderschulen mit dem Schwerpunkt geistige

Entwicklung. Die Schülervertretung wird gestärkt, indem der Schülerrat die sogenannten „SV-Beraterinnen“ oder „SV-Berater“ künftig auch aus dem Kreis der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wählen kann. Wie bereits bei der Einführung der Oberschule erhalten die Schulträger zudem die Möglichkeit, eine Gesamtschule nicht nur jahrgangsweise aufsteigend, beginnend mit dem 5. Schuljahrgang, zu errichten. Gesamtschulen können auch durch die Umwandlung einer bestehenden Oberschule entstehen, sofern die schulorganisatorischen Voraussetzungen erfüllt sind. Dadurch wird der Verwaltungsaufwand, der durch das parallele Vorhalten zweier Systeme entsteht, reduziert. Angesichts der Debatte im Plenum gehe ich von spannenden Beratungen im parlamentarischen Verfahren aus.

Mit dem **„Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Schiedsämtergesetzes, des Niedersächsischen Schlichtungsgesetzes und des Niedersächsischen Justizgesetzes“** soll das Ehrenamt gestärkt werden, indem künftig nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens Anträge auf Einleitung eines Schlichtungsverfahrens elektronisch gestellt werden können.

Sehr herausfordernd ist unser Fraktionsgesetzentwurf von der SPD zur **„Änderung des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes“**. Sicher haben Sie / habt Ihr alle gelesen, dass der Staatsgerichtshof mit Urteil vom 16. Dezember 2024 (StGH 5/23) entschieden hat, dass die jetzigen Wahlkreise mit ihren aktuellen Abweichungen in der durchschnittlichen Zahl der Wahlberechtigten nicht mehr verfassungskonform sind. Die bisher zulässige Abweichung von plus/minus 25 Prozent von der durchschnittlichen Zahl der Wahlberechtigten verletze das Gebot der Wahlrechtsgleichheit, so der Staatsgerichtshof.

Künftig ist eine Abweichung von höchstens plus/minus 15 Prozent zulässig. Eine Abweichung zwischen 15 und 25 Prozent soll nur in eng begrenzten Ausnahmefällen und bei Vorliegen einer sachlichen Rechtfertigung möglich sein. Der Staatsgerichtshof hat den Gesetzgeber verpflichtet, die Wahlkreiseinteilung bis zur nächsten Landtagswahl im Jahr 2027 entsprechend anzupassen. Ziel des Gesetzentwurfs ist es daher, die Wahlkreiseinteilung an die verfassungsrechtlichen Vorgaben anzupassen und zugleich eine landesweit möglichst gleichmäßige Repräsentation der Wahlberechtigten sicherzustellen.

Ich kann Euch die Mitteilung machen, dass unser Wahlkreis davon nicht betroffen ist, aber natürlich führt eine solche Veränderung zu Diskussionen in anderen Wahlkreisen.

Wenn wir dem Vorschlag des Landeswahlleiters zum Neuzuschnitt gefolgt wären, hätte das tiefgreifende Veränderungen der Zuschnitte gebracht, die wir unklug fanden. Wir haben uns deshalb entschieden, die Anzahl der Wahlkreise von 87 auf 90 zu erhöhen. So konnte ein bisschen besser Rücksicht darauf genommen werden, kommunale Gebietskörperschaften nicht willkürlich zu durchschneiden. Die Anzahl der Abgeordneten, die in § 1 Landeswahlgesetz geregelt ist (mindestens 135), wird mit der jetzigen Änderung nicht angefasst.

Mit der abschließenden Beratung unseres Antrags **„Schutz für Kinder in den sozialen Medien stärken – Gefahren des Influencer-Marketings entschlossen begegnen“** wollen wir die Rechte und den Schutz der Kinder im Zusammenhang mit deren „Vermarktung“ stärker in den Fokus nehmen.

Millionen Menschen veröffentlichen Bilder und Videos in sozialen Netzwerken, auf denen auch ihre Kinder zu sehen sind. Das ist grundsätzlich eine private Entscheidung, die wir natürlich, auch wenn die Risiken der Netze bekannt sind, nicht antasten wollen. Wenn Eltern mit den Videos und Bildern der Kinder oder der gesamten Familie Geld verdienen, ändert sich der Sachverhalt. Spätestens wenn es feste Pläne zur Erstellung neuer Videos und Fotos gibt, die geplant verbreitet werden, muss man darüber nachdenken, was dies eigentlich ist: Kinderarbeit? Wohl ja. Daher sollten für diese Form der Vermarktung auch die bisherigen Regeln gelten. Mit diesem Antrag wollen wir hier Regeln aufstellen bzw. die alten Gesetze an die neue Situation anpassen.

Wir haben die folgenden Entschließungsanträge zur ersten Beratung eingebracht:

„Sprachförderung sichern – Integration ermöglichen, Fachkräfte gewinnen, Zusammenhalt stärken“ Sprache ist die Grundlage für erfolgreiche Integration und gesellschaftliche Teilhabe. Ohne ausreichende Sprachkenntnisse sind weder Ausbildung noch qualifizierte Beschäftigung noch nachhaltige Integration realistisch erreichbar. Unternehmen, Kammern und Wirtschaftsverbände weisen seit Jahren darauf hin, dass fehlende Sprachkenntnisse eine der größten Hürden für die Arbeitsmarktintegration darstellen. Zugleich zeigt die Praxis, dass viele Geflüchtete und Zugewanderte hoch motiviert sind, Deutsch zu lernen und schnell eine Beschäftigung aufzunehmen. Wird der

Zugang zu Sprachkursen eingeschränkt oder verzögert, verlängern sich Integrationsprozesse unnötig. Dies führt zu höheren Sozialausgaben, erschwert die kommunale Integrationsarbeit und kann gesellschaftliche Spannungen verschärfen.

„Netzausbau und -planung konkret beschleunigen – Energieziele schneller erreichen“ Die Arbeit der Task Force Energiewende sowie die zugehörigen Netzausbau-Monitoringverfahren haben dazu beigetragen, Hemmnisse beim Ausbau der Verteil- und Übertragungsnetze in Niedersachsen zu identifizieren und abzubauen. Bis 2030 soll die installierte Photovoltaikleistung von knapp 82 Gigawatt im Jahr 2023 auf 215 Gigawatt steigen, die Windkraftleistung an Land von rund 61 Gigawatt auf 115 Gigawatt. Daraus ergibt sich ein erhebliches Potenzial für Niedersachsen als Wirtschaftsstandort sowie für die Bereitstellung sicherer und dauerhaft bezahlbarer Energie. Zugleich stehen für die Umsetzung dieser Vorhaben nur begrenzte personelle und materielle Kapazitäten zur Verfügung, sodass effiziente Verfahren sowohl im regulatorischen Bereich als auch bei der praktischen Umsetzung erforderlich sind. Wir möchten dieses Thema kontinuierlich begleiten, weil wir sonst die Chancen unseres Wirtschaftsstandorts fahrlässig verspielen.

„Igel und andere Kleintiere vor Mäh- und Schneidemaschinen schützen – mehr Aufklärung für Verbraucherinnen und Verbraucher, mehr produktbezogene Regelungen für den Tierschutz“ Es besteht Handlungsbedarf, um den flächendeckenden Schutz kleiner wildlebender Tiere zu verbessern. Motorisierte Gartengeräte wie Mähroboter, Motorsensen oder Laubbläser, deren Verbreitung und Nutzung deutlich zunehmen, stellen eine erhebliche Gefahr für Klein- und Kleinstlebewesen dar. Besonders betroffen sind Wildtiere, die bereits durch Lebensraumverlust und Klimawandel unter Druck stehen, etwa Igel, Echsen, Kröten und Frösche, aber auch Insekten sowie Haustiere. Wir wollen für technische Lösungen werben, um den Schutz dieser Tiere nicht zu vernachlässigen.

Ein weiteres schwieriges Thema hat uns auch in diesem Plenarabschnitt begleitet: Vor rund zwei Wochen hat der niedersächsische Verfassungsschutz die AfD Niedersachsen als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft. Der Verfassungsschutz untersteht zwar der Aufsicht des Innenministeriums, arbeitet jedoch fachlich unabhängig in seiner Informationsbeschaffung und Bewertung. Dieser Grundsatz ist wichtig, um zu verstehen, dass es sich, anders als von der AfD behauptet, nicht um eine politisch motivierte Weisung der Innenministerin handelt.

Vor diesem Hintergrund haben wir gemeinsam mit den Grünen den Entschließungsantrag „**Freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen – Instrumente der wehrhaften Demokratie entschlossen nutzen**“ ins Plenum eingebracht. Der Antrag richtet sich darauf, im Falle dessen, dass die AfD bundesweit als verfassungswidrig eingestuft wird, ein Verbotsverfahren auf den Weg zu bringen.

Soweit aus dem letzten Plenum.

Darüber hinaus hat **das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN)** in der letzten Woche das **neue Entsiegelungskataster Niedersachsen** freigeschaltet. Die Anwendung unterstützt Kommunen dabei, versiegelte Flächen zu erfassen und gezielt Entsiegelungsmaßnahmen zu planen. Ziel ist es, die Folgen des Klimawandels zu mindern, den natürlichen Wasserhaushalt zu verbessern und die Lebensqualität in Städten und Gemeinden zu steigern.

Mithilfe moderner KI-Technologie werden versiegelte Flächen landesweit aus Luftbildern und Höheninformationen erkannt. Das Kataster wurde im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz entwickelt und dient der Umsetzung des § 19 NKlimaG. Das Kataster kann und darf auch von interessierten Kommunalpolitiker*innen genutzt werden, möglicherweise hilft Euch das in Eurer Arbeit vor Ort.

Ich möchte die Gelegenheit auch noch nutzen, um über die geplanten Investitionen des Landes in Straßen und Brücken zu sprechen. Das Land investiert allein in diesem Jahr rund 170 Millionen Euro in 200 Kilometer Straße und 8 Brückenbauwerke. Auch in die L391, worauf in Barsinghausen schon lange gewartet wurde. Leider im ersten Schritt auf einem Teil der L 391, der zwischen Egestorf und der Wennigser Mark verläuft. Ich sage leider, weil dies zu großen Debatten in den sozialen Netzwerken geführt hat. Das liegt daran, dass dieser Abschnitt der Straße noch vergleichsweise gut ist.

Danach wird als zweiter Sanierungsabschnitt das Teilstück zwischen dem Egestorfer Bahnhof in Richtung Kreisel noch im Jahr 2026 in Angriff genommen. Danach sollen weitere Bauabschnitte folgen. Ich bin dabei herauszufinden, welche verbindlichen Zusagen wir machen können. Wir haben hier also eine gute Nachricht.

Allerdings sind in den vergangenen Jahren auf fast allen politischen Ebenen Investitionen nicht immer im notwendigen Ausmaß vorgenommen worden. Und gerade bei den Straßen wird dies nach dem vergleichsweise strengen Winter jetzt sichtbar. Diese Fehler der Vergangenheit dürfen sich nicht wiederholen, und die Mängel müssen zügig abgestellt werden, um wieder Vertrauen in den Staat herzustellen. In den Kommunen klappt das im Bereich der Schulen sichtbar und gut. Gerade im Kommunalwahljahr macht es Sinn, sich unterzuhaken und gemeinsam zu überzeugen bzw. unsere Positionen sichtbar zu machen.

Nun, mein Plenarbrief nähert sich dem Ende zu.

Liebe Leserin und Leser,
liebe Genossinnen und Genossen,

leider ist die politische Weltlage auch in diesem Jahr wieder von einem neuen Krieg geprägt. Es dürfte keine Zweifel daran bestehen, dass das Regime der Mullahs sich selbst für den Job disqualifiziert hat. Wer die eigene Bevölkerung erst unterdrückt und dann tötet, sollte auf keinen Fall Macht haben und ausüben können. Und dass sich Menschen selbst aus einem solchen Regime befreien können, hat sich in der Vergangenheit nur selten bewahrheitet.

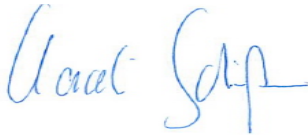
Insofern mag sich der Krieg, den die USA und Israel nun gemeinsam führen, möglicherweise am Ende auch positiv auswirken. Das lässt sich aber im Moment nicht prognostizieren. Ich finde es bedauerlich, dass beide Länder ohne einen breiten Konsens diesen Weg gehen. Wer will zukünftige Kriegshandlungen anderer Länder kritisieren? Welcher Maßstab wird dafür angelegt? Wird die UN zukünftig überhaupt noch eine Rolle spielen?

Wir werden schnell Antworten und Positionen finden müssen und unsere eigenen europäischen Werte, Ideen und Stärken schützen.

Ich wünsche Euch trotzdem einen guten und sonnigen März, den wir nach dem kalten Winter gut gebrauchen können. Und Optimismus. Wir werden weiter für die richtigen Werte eintreten.

Das nächste Plenum findet vom **28. bis 30. April 2026** statt. Wie immer habt ihr die Möglichkeit, die Sitzungen des Niedersächsischen Landtages live mitzuverfolgen.

Herzliche Grüße

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Claudia Schüssler', with a stylized, cursive script.

Eure Claudia Schüssler